

Sehr geehrter Herr Dietmar Müller,

ich möchte zu einigen Ihrer Aussagen in der Besprechung des „Tagebuches“ von Viktor Glondys (Südost-Forschungen 58 (1999), S.645-648) Stellung beziehen. Die Beweggründe finden Sie unter jedem Bezugspunkt einzeln ausgeführt.

Ihre Besprechung legt besonderes Gewicht auf den Erkenntniswert des „Tagebuches“. Doch die Art und Weise, wie Sie diesen Erkenntniswert aufspüren wollen, fällt recht unterschiedlich, zuweilen sehr unausgewogen aus. Es fällt zunächst auf, daß Sie statt klar zu formulieren, dort, wo eigentlich klare Aussagen gefordert sind, nur umschreiben. So heißt es auf S. 646 mißverständlich, Glondys sei an der Aufgabe gescheitert, „die „Volkskirche“ aus der Umklammerung durch das Volk zu befreien.“ Mit „Umklammerung,“ meinen Sie offensichtlich die Unterwanderung der „Volkskirche“ durch die Nationalsozialisten. Doch es ist nicht nur gewagt, sondern falsch, ein Istgleichzeichen zwischen „Volk“ und rumäniendeutschen Nationalsozialisten zu setzen, weil die letzteren nur ein Teil des Volkes waren.

Ahnlich unpräzise und deshalb angelegt, Mißverständnisse zu provozieren, formulieren Sie in Verbindung mit dem, was Sie „ideelles Phänomen des (völkischen) Erneuerungswunsches“ (S.647) nennen. Dieses „Phänomen“ soll „relevanten Bevölkerungskreisen“ eigen gewesen sein. Was meinen Sie nun mit „relevant“? „Hauptsächlich“, d.h. „mehrheitlich“, oder „führend, maßgeblich“? Wohl das erstere, wenn man an Ihre „Umklammerungs“-Formulierung denkt. Ob das stimmt? Sie vermitteln jedenfalls den Eindruck, daß die Mehrheit der Rumäniendeutschen eine völkische Erneuerung wünschten. Soll das wirklich so gewesen sein? Es sind ernsthafte Zweifel angebracht, daß dem so war. Und zwar deshalb, weil die damalige politische Verfassung des Volkes eher verdrossen, also kirchen- und politikindifferent war, die sogenannten „Erneuerer“ aber gerade dieses Vakuum politischer Interessenlosigkeit sich zunutze machten. Auch hegten sie den Wunsch die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite zu haben. Doch das ist nichts weiter als die Wunschprojektion einer politischen Gruppe, die in Verbindung mit der angeblich von Bischof Glondys angestrebten „Marginalisierung“ der radikalen Nationalsozialisten (S.648) zum Postulat der Tatsächlichkeit avanciert, was unzulässig, unwissenschaftlich und absurd ist. Wie es mit diesem Wunsch der Nationalsozialisten eigentlich stand, belegen die Zahlen der innervölkischen Wahlen (nachzulesen bei Johann Böhm, *Die Deutschen in Rumänien und das Dritte Reich 1933-1940*, Frankfurt am Main 1999, S.105, Anm.352; S.148, 149, 150, 159, 163, 175, 180-182).

Ein weiteres Beispiel mißverständlicher Formulierung, das zudem zu einer Ihrer späteren Aussagen in Widerspruch steht, lautet: „dem parteipolitischen Phänomen der mehr oder weniger nationalsozialistischen Parteien in Siebenbürgen“ (S.647). Der Leser fragt sich unwillkürlich, ob es nun nationalsozialistisch geprägte Parteien waren, mit denen sich Bischof Glondys auseinandersetzte, oder nicht? Sie entscheiden sich auf S.648 schließlich doch dafür, daß Glondys „auf kirchenpolitischem Terrain“ den Nationalsozialisten entgegentrat.

Ihre stellenweise undifferenzierte, terminologischer Schärfe entbehrende Ausdrucks- und Argumentationsweise ruft zweifelsohne bei manchen Lesern, die mit dem Themenkreis der rumäniendeutschen Zwischenkriegszeit kaum oder nicht vertraut sind, ein Gefühl der Unsicherheit und höchster Verwirrung hervor. Gleichzeitig kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß Sie unbedingt Nationalsozialisten und Nationalsozialismus dort ansiedeln wollen, wo es diese eigentlich gar nicht gab, hingegen die evident nationalsozialistischen Bestrebungen und Kreise einfach aussparen. Bereits auf S. 646 wollen Sie bei Glondys „tiefe Wurzeln im völkischen Denken“ erkennen. Daß sie „völkisch“ in Verbindung mit Bischof Glondys als „nationalsozialistisch“ verstehen, belegt u.a. Ihre Behandlung der politischen Formel von Glondys, die Sie auf S.647 in der Formulierung vom 24.9.1934, aber nicht in der aufschlußreicheren vom 22. Januar 1934 bringen, wo es außer der „friedlichen Durchdringung unseres Volkes mit den Gedanken aus den völkisch-sittlichen Kräften der deutschen Erneuerungsbewegung ohne unnötige staatliche und politische Belastung“ noch heißt: „aber ohne Verleumdungen, ohne die Ehre unseres Volkes täglich durch die unglaublichsten Verunglimpfungen führender Männer, die der „Erneuerungsbewegung“ nicht angehören, herabzusetzen, [...]“. Es ist Ihnen gleichgültig, wen Glondys als Verleumder und Verunglimpfer meint, aber gerade hier hätten Sie einhaken müssen. Doch Sie ziehen es vor, aus der Riege der radikalen Unruhestifter sich Gust und den Vorfall im Volksrat im Januar 1934 herauszupicken und damit diesen Personenkreis als abgehakt zu betrachten. Sie vermeiden auch, den zentralen Punkt zu erwähnen, den das soeben besprochene Zitat belegt: den eigentlichen kirchenpolitischen Standort von Glondys. Sie deuten zwar an, daß Glondys die evangelische Landeskirche vor politischem Zwiespalt schützen wollte, doch sie versäumen zu betonen, daß Glondys ausschließlich die völkisch-sittlichen Kräfte der „deutschen Erneuerungsbewegung“ in Siebenbürgen fruchtbar machen wollte. Auch versäumen Sie, darauf hinzuweisen, daß dem Bischof unter „völkisch“ nicht „nationalsozialistische“, sondern „deutschnationale“ Erziehungsgehalte vorschwebten. So ist es nicht verwunderlich, daß Sie Glondys Bestrebungen völlig ungerechtfertigt ins Politische verlegen. Die (partei)politisch ganz Befangenen und Eingenommenen saßen doch nicht in der Führung der Landeskirche, auch nicht unter den bürgerlich-konservativen Politikern, sondern in der nationalsozialistischen Ecke, auch in den Reihen der Kirchenangestellten. Glondys. Es entgeht Ihnen, daß Glondys mit seiner Formel eigentlich versuchte, die politische Komponente aus dem kirchlichen Leben ganz auszuklammern. Das diese Option unrealistisch war, ist evident. Nun frage ich Sie, warum Sie - statt darauf aufmerksam zu machen, daß das von Glondys gesteckte Ziel zwingend politisch ausfallen mußte, weil seine Kirche nicht in einem politischen Leerraum stand, sondern von den hochbrandenden Wellen des parteipolitischen Sturmes umflutet war - es vorziehen, dem Bischof zu unterstellen, daß er mit seinem Rundschreiben 924/1936 den „letzte(n) entschiedene(n) Versuch“ unternahm, „den Nationalsozialisten auf kirchenpolitischem Terrain entgegenzutreten“, um „das neue Bündnis zwischen moderaten Nationalsozialisten und Konservativen durch die Marginalisierung der radikalen Nationalsozialisten zu festigen [...]“ (S.648)? Sie nehmen also Glondys ganz in der Manier von U. A. Wien für den objektiven Prozess der Politisierung und Verpolitisierung der Landeskirche in Pflicht, wo es eigentlich heißen müßte, daß Glondys vom naiven Vorsatz ausging, durch sein Rundschreiben die Politik von der Landeskirche fern halten zu können. Glondys war nun eben kein eingefleischter Politiker wie ein Hans Otto Roth. Er ließ sich damals noch von der Illusion leiten, die Erneuerung der Kirche nur auf „völkisch-sittlichem“ Gebiet erzielen zu können. Und das „Völkisch-Sittliche“ schloß bei ihm ganz im Geiste der bisherigen siebenbürgisch-

sächsischen Verhältnisse das Politische, erst recht das sich als militante Nazi-Partei aggressiv artikulierende Parteipolitische, aus dem Kirchen- und gesellschaftlichen Leben zunächst ganz aus. Glondys wollte doch die frühere Einheit zwischen Kirche und Volk wiederherstellen und das ist ihm beileibe nicht übel zu nehmen. Daß diese Einheit endgültig der Vergangenheit angehörte, konnte weder Glondys, noch die konservativen Politiker auf's erste wahrhaben, sie benötigten Zeit um sich darüber ins Klare zu kommen. Und es ist nicht nur die von jedem Erkenntnisprozess eingeforderte Zeit, die Sie Glondys nicht gönnen!

Ihre „Marginalisierungs“-Theorie erinnert in verblüffender Weise an die Grundhaltung des Aufsatzes von U.A. Wien. Übrigens, was war an den radikalen Nationalsozialisten schon zu marginalisieren, wo die sich schon längst durch die von Glondys beanstandeten Verleumdungen und Verunglimpfungen ins sittliche und politische Abseits manövriert hatten? Ferner kann nur das marginalisiert werden, was sich bereits im Mittelpunkt befindet oder zumindest von sich behauptet, im Mittelpunkt zu stehen. Vom letzteren, das nicht frei von narzistisch-egozentrischen und pubertären Einschlägen ist, waren die radikalen Nationalsozialisten überzeugt.

Doch zurück zu Ihrer „Politikbefangenheit“ vis-à-vis Glondys. Der Bischof hatte wie H.O. Roth und andere konservativen Politiker, „tiefe Wurzeln“ im nationalkonservativen bzw. Deutschnationalen, keinesfalls im „völkischen“=nationalsozialistischen Denken. Wenn Sie nun auch aus der Aussage des Bischofs vom 25. Februar 1944, „wenn der Führer hier säße und wüßte, worum es gehe, müßte er mir Recht geben“ (Tagebuch, S.390), schlußfolgern, das sage „doch sehr viel nicht nur über Glondys, sondern über den Großteil einer Generation führender Persönlichkeiten der Deutschen im Südosten aus“, so muß ich mit Bedauern feststellen, daß Sie hier zu weit schießen, weil aus dieser Einzelaussage weder pauschal auf das Südostdeutschtum noch auf die Generation führender Persönlichkeiten geschlossen werden kann. Die Begründung liegt auf der Hand: Sie ignorieren den Kontext, das Umfeld, in dem Glondys diesen Ausspruch tat. Er stand doch vor Generalkonsul Lierau, der als Repräsentant des Deutschen Reiches und als Nationalsozialist die Aufgabe wahrnahm, zwischen den streitenden Parteien (Landeskirchenführung unter Bischof Staedel und beschwerdeführende Pfarrer; andere Beschwerdeführer, darunter auch Glondys) zu vermitteln. Und die „Fixierung auf eine vorgestellte und mit ethischen Qualitäten aufgeladene deutsche Nation“ der bis zu den „Erschütterungen der geistigen und materiellen Basis“ „von „Deutschland“ distinkte(n) sächsische(n) Gruppenidentität“ gab es bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Leider muß ich mit Bedauern feststellen, daß Sie Bischof Glondys zwar in gedämpfterer, aber ebenso vorbehaltloser Art und Weise wie U.A. Wien anprangern. Sie unternehmen den Versuch, anhand von Glondys-Zitaten aus den Jahren 1933/34 bei ihm und bei den konservativen Politikern einen geheimen Hang zum Nationalsozialismus auszumachen, doch Sie verlieren weder ein Wort über die gravierenden Ereignisse und Verstrickungen der enddreißiger Jahre und der Volksgruppenzeit (1940-1944), die im Glondys-Tagebuch gut dokumentiert sind, noch kümmern Sie die Urheber des hausgemachten Unfriedens jener Jahre. Letztere vermeinen Sie in der Person des Radikalen Gust und des Zwischenfalls in der Volksratssitzung im Januar 1934 hinlänglich abgehandelt zu haben. Und ihr Kommentar zu Gust fällt recht bedenklich aus: es soll die bloße Absicht des radikalen Nationalsozialisten gewesen sein „den Bischof zu einem normalen Mitglied des

Volksrates degradieren und ihn letztlich politisch weisungsabhängig machen“ zu wollen (S.648). Mit einer solchen Aussage stellen Sie sich eindeutig hinter Gust, Sie billigen eigentlich seine verwerfliche Aktion, Sie versuchen, Gust zu entlasten, indem Sie im Unterton mitschwingen lassen: „Gust hat doch nichts anderes getan, als den Bischof gerechtfertigterweise in seine politisch-konstitutionellen Schranken zu weisen“. Es ist Ihnen egal, daß Gust hier eine mehrfach arrogante Beleidigung der Kirche, der Bischofswürde, der Person von Glondys und der hinter Glondys stehenden konservativen Kräfte aussprach, auch kümmern Sie sich nicht um die Lawine von Ereignissen, die Gust durch seine Geste auslöste. Das ist nicht die einzige Stelle, an der Sie, statt Stellung zum Auftreten und Agieren der Nationalsozialisten zu nehmen oder Kritik zu üben, zu meinem Bedauern ganz im Stil von U.A. Wien den Tagebuchschreiber Glondys mit Vorwürfen überziehen bzw. ihm die Aura des Widerständlers gegen den Nationalsozialismus nehmen wollen, indem Sie bei ihm nationalsozialistische Sympathien zu entdecken versuchen. Damit droht die von Wien eingeleitete und von mir aufs schärfste zurückgewiesene Verfälschung der Tatbestände allmählich zur akzeptierten Sichtweise und Forschungsmethode zu avancieren, zumal nun auch die „Südost-Forschungen“ diesem Standpunkt Öffentlichkeit verschaffen.

Ein weiteres Vorwurfsmoment ist in Ihren Augen der Eintritt des Bischofs in die NAF, den Sie mit der angeblich ab 1937 verstärkten Kompromißbereitschaft von Glondys gegenüber den Nationalsozialisten verbinden. Die von mir in der HJS 1/1999, S.87f. gelieferte Erklärung scheinen Sie, wie das Meiste, was ich über den hier zur Diskussion stehenden Themenkomplex geschrieben habe, mit der Bemerkung der „dabei entstandenen(n) – größtenteils polemisch geführte(n) – Kontroverse, die sich nun auch in Rezensionen fortsetzt“ (S.645) abgekanzelt zu haben.

In Verbindung mit Ihrer Bemerkung, viele der Fußnoten der „Tagebuch“-Ausgabe beschränkten sich „nicht auf Sachinformationen“, sondern kommentieren bzw. suchen die Aussagen von Glondys „zurechtzurücken“, was einer „Bevormundung des Lesers“ gleichkomme und „ein Verstoß gegen eine objektive Editionspraxis“ sei (S.647), erlaube ich mir zu bemerken:

Zum ersten: Ihr zweifelhafter Objektivitätsbegriff, der Ihre Sichtweise über den faktischen und personellen Inhalt des „Tagebuches“ bestimmt, berechtigt Sie kaum, sich auf Maßstäbe der Objektivität zu berufen und diese einzufordern.

Zum anderen können die von Ihnen beanstandeten Textkommentare sich höchstens auf jene Leser bevormundend auswirken, die mit der Tagebuchthematik nicht vertraut sind bzw. zu kritischer Distanz überhaupt nicht befähigt sind.

Und schließlich ist Ihre Feststellung, in den Anmerkungen werden Aussagen von Glondys „zurechtgerückt“, überhaupt nicht nachvollziehbar, insofern Sie selbst die Absichten und Ziele des Tagebuchschreibers Glondys nicht nur in Ihrem zu sehr U.A. Wien verhafteten Sinn umdeuten, sondern obendrein nationalsozialistische Elemente bei Glondys und in den Reihen der konservativen Politiker aufspüren wollen, wobei Sie gleichzeitig die Männer und die Kräfte, die das eigentliche Gefahrenpotential darstellten, ganz ausklammern bzw. mit Ihrer zurückhaltenden, sogar billigenden Interpretation der Gust-Episode verniedlichen.

Ihre Besprechung kränkelt schließlich auch daran, daß sie dort, wo es objektiv unabdingbar ist, nämlich in der ausschlaggebenden Rahmenproblematik, überhaupt nicht differenziert. Sie müssen es sich sagen lassen, daß die Gedanken von Glondys über die nationalsozialistische „Erneuerung“ im Deutschen Reich, die Sie mehrfach

zitieren (aber auch nur aus den Jahren 1933/34, nicht aus späteren Jahren, was keinesfalls fair ist), ausschließlich auf binnendeutsche Gegebenheiten zutreffen und keinerlei Bezug zu Siebenbürgen haben, wo Glondys damals (1933 und später) eine nationalsozialistische Vorherrschaft prinzipiell ausschloß. Daß die überaus dynamischen und schlagkräftigen einheimischen Nationalsozialisten auf ihrem Vormarsch zur politischen Vorherrschaft nicht aufzuhalten waren, damit rechnete Glondys damals überhaupt nicht.

Als letztes möchte ich auf die sogenannte „Gefolgschaftsdemokratie“ eingehen, die bis Anfang der 30er Jahre das politische Leben der Siebenbürger Sachsen geprägt haben soll (S.646). Sie entlehnen diese unglückliche Begriffsprägung bedenkenlos von Harald Roth. Wie es mit der Triftigkeit dieses begrifflichen Konstrukts steht, sollen Sie nun erfahren. Daß dieser Begriff suspekt ist, scheint bisher niemandem aufgefallen zu sein, zumal die Nationalsozialisten die einzige politische Richtung der Moderne darstellen, die in der pervertierten Form des Führerprinzips und des Führerkults auf das mittelalterliche Gefolgschaftssystem zurückgriffen und es mißbrauchten. Ferner ist der Rothsche terminologische Hybrid ein Widerspruch in sich, weil das auf Treue und bedingungslosem Gehorsam beruhende Gefolgschaftsprinzip zutiefst un- und antidemokratisch ist. Demokratie setzt bekanntlich freiwillige Beteiligung und freie Entscheidung voraus und stimuliert die Eigeninitiative, Aspekte, die dem Gefolgschaftssystem und dem Führerprinzip fremd sind. Die demokratische Weltanschauung schreibt weder singuläre, totalitär vorgegebene Identifikationsmuster noch Identifikationspersönlichkeiten (Führergestalten) bzw. -Identifikationsobjekte vor, sondern ermöglicht eigentlich eine Vielzahl dieser. Das ist demokratischer Pluralismus auf Individualebene. Daß totalitäre Weltanschauungen wie der Nationalsozialismus dem Einzelmenschen und ganzen Völkern keine Wahl der Identifikationsschemen, -objekte und -persönlichkeiten zugestanden, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Ich frage Sie: Kann es eine absurdere und von der geschichtlichen Tatsächlichkeit fernere Wortprägung als die sogenannte „Gefolgschaftsdemokratie“ geben?

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie den Titel meiner Stellungnahme zu Wien, *Briefwechsel zwischen Karl Barth*“ (HJS 2/1998) nicht richtig wiedergeben: es heißt bei Ihnen statt "politisch-propagandistische Mythenkultur geschichtsrevisionsistisch **ausgebeutet**" „...geschichtsrevisionsistisch **ausgedeutet**“, wohl ein himmelhoher Unterschied zwischen den beiden Begriffen. Wien deutet doch nicht das, was klare politisch-propagandistische Mythenkultur ist, aus, sondern er bedient sich dieser schamlos um geschichtliche Tatbestände im Sinne der Propaganda der rumäniendeutschen Nationalsozialisten zu revidieren.

Und schließlich: Stellungnahmen wie die Ihrige, die sich in dem von U.A. Wien vorgezeichneten Fahrwasser der vorsätzlichen Unterdrückung, Umdeutung und Fälschung quellenmäßig belegter Tatbestände tummeln, werden auf jeden Fall auch in Zukunft mit der punktuellen Entkräftung und Bloßstellung durch die HJS rechnen müssen.

Mit freundlichen Grüßen,